

Kein Deal für Kühne+Nagel

ARISIERUNGS-MAHNMAL

Ortsbeirat pocht auf historischem Ort

Der Hinterzimmer-Deal zur Verhinderung eines „Arisierungs“-Mahnmals am Bremer Stammsitz von Kühne+Nagel hat den zuständigen Ortsbeirat mobilisiert. Thema sind die umfangreichen NS-Geschäfte der Bremer Logistiker mit jüdischem Eigentum – an denen Kühne+Nagel den Löwenanteil hatte.

Gestern war bekannt geworden, dass sich die Stadtspitze mit Kühne+Nagel auf ein Mahnmal weit außerhalb des Zentrums verständigt hat – ungeachtet des Parlamentsbeschlusses, einen gut sichtbaren Platz am Ort des historischen Geschehens ins Auge zu fassen. Nun reklamiert der Beirat seine Zuständigkeit. In seiner Erklärung heißt es: „Die Mehrheit im Beirat Mitte positioniert sich eindeutig für die Errichtung des Mahnmals am geplanten Ort unterhalb des Kühne+Nagel-Neubaus!“

Der Beschluss der Bürgerschaft hatte klar die Mit-Zuständigkeit des Ortsbeirats benannt und um fachliche Begleitung durch die Landeszentrale für Politische Bildung gebeten. Dessen Direktor Thomas Köcher hat sich ebenfalls klar geäußert: Der von den Logistikern favorisierte Schulhof entspreche als alleiniger Standort in keiner Weise der Dimension des Themas. Als Ergänzung sei er selbstverständlich vorstellbar.

Die Verschiebung ins Westend bedeute „eine Marginalisierung des Themas, die für Bremen beschämend ist“, betont die Beiratsmehrheit aus Grünen und Linkspartei. „Wir fühlen uns mit einer Verschleppung konfrontiert.“ Der Beirat erkläre sich „sowohl mit dem von der taz-Initiative geplanten Ort als auch mit dem Gestaltungsvorschlag „Leerstellen und Geschichtslücken“ von Angie Oettinghausen einverstanden, „der aus einem fachlich anerkannten Jury-Verfahren hervorging“.

Anfängliche Sicherheitsbedenken seien von fachlicher Seite ausgeräumt worden. **HB**